

RUHR-UNIVERSITÄT BOCHUM  
Fakultät für Sozialwissenschaft  
Sektion: Sozialpsychologie & Sozialanthropologie  
Seminar: Kulturelle Differenz, interkulturelle Kommunikation und Kompetenz  
Dozent: Prof. Dr. Jürgen Straub  
Sommersemester 2010

Schriftliche Hausarbeit zum Thema:

## **ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT UND IHRE KRITIKER**

Eine kritische Auseinandersetzung mit der Entwicklungszusammenarbeit  
der Industriestaaten und der aktuell an ihr geübten Kritik

### **Kommentar/Bewertung:**

- Eine sehr solide, gut recherchierte, sorgfältige Arbeit  
- Gut aufgebaut und gegliedert, klare Darstellungs- und Argumentationsziele  
- Sehr informativ, treffende Darstellung aller ausgewählten Aspekte (Begriffe, Theorien, Befunde)  
- Eigenständiges Denken, differenzierte und ausgewogene Argumentation u.a. bei der kritischen Würdigung der "Kritiker" (Wolf, insb. Shikwati)  
- Einziges Defizit: der Bezug zum Thema des Seminars => interkulturelle Kommunikation/Kooperation hätte herausgestellt werden sollen (auch sozialpsychologische Aspekte hätten betont werden können); so könnte die Arbeit in allen möglichen Veranstaltungen aller möglichen Sektionen verfasst worden sein. Dennoch insgesamt noch sehr gut (1,3)

CLAIRE LUISA RANGE  
Studiengang: Bachelor Sozialwissenschaft  
5. Fachsemester

E-Mail: cestclaire@gmx.de

## **GLIEDERUNG**

1. Einleitung.....	3
2. Entwicklung und Entwicklungszusammenarbeit.....	3
2.1 Der Entwicklungsbegriff: Theorien der Entwicklung.....	4
2.2 Begründungen und Ziele der Entwicklungszusammenarbeit.....	7
2.3 Akteure und Arten der Entwicklungszusammenarbeit.....	10
3. Kritik an der Entwicklungszusammenarbeit.....	11
4. Inwiefern ist die Kritik an der Entwicklungshilfe angemessen?.....	16
5. Fazit.....	18
Literatur.....	19

## *1. Einleitung*

Angesichts ständiger Hiobsbotschaften über die wirtschaftlichen und sozialen Zustände in weiten Teilen der Welt, Hunger, Krankheiten, Armut etc., ist die Frage nach der Wirksamkeit der bisher verfolgten Entwicklungszusammenarbeit durchaus naheliegend. Dementsprechend ist der Diskurs über deren Wirksamkeit, teilweise auch über den Sinn von Entwicklungszusammenarbeit en vogue. Alle größeren Tageszeitungen in Deutschland haben diesen Diskurs in den letzten Jahren aufgegriffen. Wer beispielweise das Schlagwort „development aid criticism“ in die Suchmaschine Google eingibt, erhält über sieben Millionen Treffer.

Ziel dieser Arbeit ist es, die Angemessenheit der aktuellen Debatte zu überprüfen. Dazu wird zunächst vorgestellt, was Entwicklungszusammenarbeit leisten soll, die jüngere Geschichte des Entwicklungsbegriffes wird im zweiten Kapitel ebenso beleuchtet, wie Rechtfertigung, Ziele, Akteure und Formen der Entwicklungsarbeit. Nachdem festgestellt wurde, was unter Entwicklungszusammenarbeit verstanden wird, wird im dritten Kapitel die aktuell an der Entwicklungszusammenarbeit geübte Kritik vorgestellt. Da es unzählige Kritiker gibt, werden exemplarisch die Ansätze von Jürgen Wolff und James Shikwati vorgestellt. Diese fassen die in der Literatur geübten Kritikpunkte sehr gut zusammen. Das vierte Kapitel bietet eine Einschätzung der Angemessenheit der Kritik an der Entwicklungsdebatte, während das fünfte Kapitel die Ergebnisse kurz zusammenfasst.

## *2. Entwicklungszusammenarbeit*

In der Fachliteratur werden die Begriffe der Entwicklungshilfe, Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit oft synonym verwendet. Unter Entwicklungspolitik werden eine Vielzahl von Maßnahmen, auch in Bezug auf das internationale Handels- und Währungssystem zusammengefasst. Während der Begriff der Entwicklungspolitik also ein weiter Begriff ist, wird Entwicklungshilfe zumeist als „der Teil der Entwicklungspolitik gefasst [...], der direkt mit einem Ressourcentransfer verbunden ist“ (Andersen 2004: 95). Der Begriff der Entwicklungszusammenarbeit ist ab den 1990er Jahren in Mode gekommen, um den Aspekt der Zusammenarbeit hervorzuheben. In dieser Arbeit wird jeweils der in der verwendeten Literatur verwendete Begriff gebraucht werden, um den Sinn der jeweiligen Aussagen nicht zu verändern. An allen anderen Stellen wird der Begriff der Entwicklungszusammenarbeit

verwandt. Wolff (2000: 26) z. B. verwendet den Begriff Entwicklungshilfe. Er definiert diese schlicht als „die Übertragung von Kaufkraft an das Empfängerland“.

Die verschiedenen Ausprägungen der Entwicklungszusammenarbeit werden im Folgenden unter Punkt 2.3 beschrieben und erläutert. Bevor jedoch auf den Begriff der Entwicklungszusammenarbeit ausführlich eingegangen werden kann, wird zunächst unter Punkt 2.1 der Begriff der Entwicklung behandelt. Punkt 2.2 beinhaltet die Ziele der Entwicklungszusammenarbeit.

### *2.1 Der Entwicklungsbegriff: Theorien der Entwicklung*

Der Entwicklungsbegriff<sup>1</sup> ist vielfältig, er wird in vielen Zusammenhängen und mit verschiedenen Konnotationen gebraucht. Eine vollständige Darstellung aller Facetten dieses Begriffs ist an dieser Stelle nicht möglich. Dieses Kapitel beschränkt sich darauf, einige Aspekte des Begriffs in Bezug auf die Entwicklungszusammenarbeit vorzustellen. Eine sehr gute Arbeitsdefinition bieten Kevenhörster und van den Boom (2009: 19):

Entwicklung ist ein normativer Begriff, der Vorstellungen von der gewünschten Richtung des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Wandels bündelt und auf theoretischen Annahmen über die Ursachen von Unterentwicklung und typische Ablaufmuster sozioökonomischer Transformation beruht.

Obgleich es in der Entwicklungstheorie eine Vielzahl verschiedener, teilweise sehr unterschiedlicher Theorien gibt, lassen diese sich in zwei große Traditionen einordnen: die Tradition der Dependenzansätze und die Tradition der Modernisierungsansätze. Beide Ansätze ähneln sich darin, dass sie sich am Entwicklungsmodell der Industrieländer orientieren und dementsprechend Entwicklung als ökonomische Entwicklung verstehen. Die Ansätze unterscheiden sich dahingehend, dass die Modernisierungsansätze die Ursachen der mangelnden Entwicklung innerhalb der Entwicklungsländer verorten, während die Dependenztheorien der mangelnden Entwicklung äußere Einflüsse zugrunde legen. (vgl. Andersen 2004: 97)

---

<sup>1</sup> Aram Ziai (2010) kritisiert den das Konzept Entwicklung insgesamt. Es sei eurozentrisch, autoritär und wirke entpolitisiert. Da der Begriff Entwicklung in der Fachliteratur aber durchgängig gebraucht wird, und der Begriff für die Beantwortung der Fragestellung unbedingt notwendig ist, und auch durch keinen anderen Begriff ersetzt werden kann, wird er trotz Ziais berechtigter Kritik in dieser Arbeit verwendet.

Die Modernisierungstheorien entstanden in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg und stellten bis in die 1970er Jahre das vorherrschende Paradigma der Entwicklungstheorie dar. Als ihre Vorläufer gelten Max Webers in „Protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus“ von 1905 entwickelte Theorie und Talcott Parsons Strukturfunktionalismustheorie aus den 1950er Jahren, in welcher Strukturmerkmale *entwickelter* Gesellschaften solchen *unterentwickelter* Gesellschaften entgegengesetzt werden. (vgl. Kokemohr/Gabriel 2007: 627)

Als zentrale Modernisierungstheorie gilt die Stufentheorie Walt Whitman Rostows von 1960, die sowohl evolutionistische als auch eurozentrische Züge trägt. Rostow erklärte die Kultur der westlichen Länder mit marktwirtschaftlichen Systemen zum Idealtyp und zur Bemessungsgrundlage für Entwicklung. Analog galten ihm traditionale Länder als unterentwickelt. Er ging von einer teleologischen Entwicklung aus; alle Länder würden einmal diesem Typ entsprechen. Dieser Prozess würde in drei Stufen mit jeweils steigender Produktivität und Industrialisierung verlaufen: der take-off-Phase, dem Stadium der Reife und dem Zeitalter des Massenkonsums. Wirtschaftliches Wachstum, gemessen an der Höhe des Pro-Kopf-Einkommens, und Konsum, verursacht durch Industrialisierung und Handel, galten hier also als Hauptziele. (Diese Ziele sollten durch interne Veränderungen der wirtschaftlichen Ordnung in den Staaten und durch eine stärkere Einbindung in den Weltmarkt erreicht werden. vgl. Kokemohr/Gabriel 2007: 627)

Die Dependenztheorie, die in den 1960er Jahren in Lateinamerika entstand, favorisierte ebenso Industrialisierung und Wirtschaftswachstum. Sie waren zu großen Teilen marxistisch geprägt; ihr Ansatz war stark staatsinterventionistisch, das heißt sie maß dem Staat eine signifikante Rolle bei (vgl. Kevenhörster/ van den Bloom 2004: 20). Die Dependenztheorie sieht den Kolonialismus und die Bedingungen auf dem Weltmarkt, wo die Entwicklungsländer ausschließlich als Rohstofflieferanten dienten, als Grund für die niedrige Entwicklung an und geht davon aus, dass die Industrienationen die Entwicklungsländer in einer künstlichen strukturellen Abhängigkeit zu sich halten. „Entwicklung der Industrieländer und Unterentwicklung der Entwicklungsländer seien nur zwei Seiten derselben Medaille“, so formuliert Andersen (2004: 87) die Grundidee der Dependenztheorien. Als Antworten auf diese Abhängigkeiten wurden Importsubstitutionen und protektionistische Maßnahmen angesehen, jedoch ohne die gewünschte Wirkung zu zeigen. Ein wichtiger deutscher Vertreter der Dependenztheorie war Dieter Senghaas mit seiner Dependenztheorie von 1974. Immanuel Wallerstein mit seiner Weltsystemtheorie aus den 1990er Jahren ist ein Erbe der Dependenztheoretiker. Wallerstein

beschreibt die Welt als kapitalistisches System der Ausbeutung, in dessen Zentrum sich die Industrieländer und in dessen Peripherie sich die Entwicklungsländer befinden. (vgl. Koke-mohr/Gabriel 2007: 628) Mit der Auflösung der Sowjetunion ab Ende der 1980er Jahre und dem Niedergang des Kommunismus verloren die Dependenztheorien an Strahlkraft. Auch konnten sie den Wirtschaftsboom in verschiedenen asiatischen Staaten nicht erklären, so dass sie in der wissenschaftlichen Community aus der Mode kamen. (vgl. Andersen 2004: 99)

Seit den 1990er Jahren hat eine „Trendwende“ (Kokemohr/Gabriel 2007: 628) der Entwicklungstheorien stattgefunden. Man wandte sich von den beiden großen Strömungen ab, wandte sich insgesamt eher von der großen Theoriebildung ab. Stattdessen betrieb man empirische Forschung und beschäftigte sich mehr mit Einzelfällen und der entwicklungspolitischen Praxis. (vgl. ebd.) Außerdem entstand zu dieser Zeit der Begriff der nachhaltigen Entwicklung. Strukturreformen und Armutsbekämpfung rückten in den Fokus der Entwicklungstheoretiker und „die autoritären repressiven Strukturen in den Entwicklungsländern als Entwicklungshemmnis [wurden] neu diskutiert“ (Andersen 2004: 99 f.). In der aktuelleren Diskussion werden nicht mehr nur ökonomische, „harte“, sondern auch „weiche“ (Kevenhörster/van den Boom 2009: 19 f.) Faktoren einbezogen. Dementsprechend definieren Nohlen und Nuscheler (1992: 73) Entwicklung

als die eigenständige Entfaltung der Produktivkräfte zur Versorgung der gesamten Gesellschaft mit lebensnotwendigen materiellen sowie lebenswerten kulturellen Gütern und Dienstleistungen im Rahmen einer sozialen und politischen Ordnung, die allen Gesellschaftsmitgliedern Chancengleichheit gewährt, sie an politischen Entscheidungen mitwirken und am gemeinsam erarbeiteten Wohlstand teilhaben lässt.

In der aktuelleren Forschung ist also eine Messung von Entwicklung allein über wirtschaftliche Kennzahlen wie das Bruttoinlandsprodukt oder das Pro-Kopf-Einkommen nicht mehr möglich. Stattdessen wird vielfach versucht, Entwicklung über verschiedene Indizes zu messen. Der einflussreichste unter ihnen ist der Human Development Index (HDI), der Lebenserwartung, Kaufkraft und Bildung einbezieht. Doch auch dieser Index misst nicht alle relevanten Aspekte, so dass es eine Vielzahl von Alternativvorschlägen gibt. (vgl. Kevenhörster/van den Bloom 2009: 25)

Die Weltbank teilt die Länder der Erde je nach ihrem ökonomischen Zustand in drei Gruppen ein. Die Gruppe der Least Developed Countries (LDC) besteht aus den ärmsten Ländern. Die Gruppe der Newly Industrializing Countries (NIC) befindet sich an der Schwelle zur zwi-

schen den LDCs und den reichen Industrieländern. Sie sind zwar arm, haben aber ökonomische Wachstumsschübe zu verzeichnen und man erwartet ihr weiteres wirtschaftliches Wachstum, sie werden auch als Schwellenländer bezeichnet. Die dritte Gruppe der Industrialized Countries besteht aus den reichen Industrieländern. Letztere sind Geber in der Entwicklungszusammenarbeit, die LDCs sind fast ausschließlich Empfänger. (vgl. Kevenhörster/van den Bloom 2009: 29f.) Die NICs nehmen, situationsbedingt, beide Positionen ein. In der Folge werden die Begriffe *Entwicklungsländer* und *Industrieländer*, oder, wenn es speziell um ihre Rolle in der Entwicklungszusammenarbeit geht, *Nehmerländer* und *Geberländer*, verwendet<sup>2</sup>.

## 2.2 Begründungen und Ziele der Entwicklungszusammenarbeit

Andersen (2004: 90) führt folgende gängige Begründungen für Entwicklungshilfe an: die Wiedergutmachung für durch den Kolonialismus zugefügte Schäden, Friedenssicherung, dabei in den letzten Jahren vornehmlich Terrorismusbekämpfung, Verminderung von unerwünschter Migration in die Industrienationen, außenpolitische Motive, die Sicherstellung der Rohstoffversorgung der Industrieländer, die Sicherstellung von vom Export in die Entwicklungsländer abhängigen Arbeitsplätzen in den Industrieländern und das „allgemeine Solidaritätsmotiv“.

Analog zu diesen Motiven liegen die Ziele der Entwicklungszusammenarbeit, allerdings werden sie zumeist selbstloser formuliert, beziehungsweise der Nutzen der Entwicklungsländer wird bei der Zielformulierung in den Vordergrund gestellt. Als Überblick über die wichtigsten Entwicklungsziele dient die Millenniumserklärung der Vereinten Nationen (2000), zusammen mit der Pariser Erklärung der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) stellt sie die wichtigste aktuelle Absichtserklärung der Industrieländer<sup>3</sup> in Bezug auf Entwicklungszusammenarbeit dar. Es herrscht allgemeiner Konsens darüber, dass diese Ziele die vornehmlichen Ziele der Entwicklungspolitik darstellen.

Die Erklärung von Paris (OECD 2005) beinhaltet Absichtserklärungen über die Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit, nicht über konkrete Entwicklungsziele. Sie wurde von den

---

<sup>2</sup> Die Einteilung der Länder in eine Erste, Zweite, und Dritte Welt ist irreführend, veraltet und wird heutzutage nicht mehr vorgenommen.

<sup>3</sup> Selbstverständlich sind nicht nur Industrieländer Mitglieder der Vereinten Nationen, auch Entwicklungsländer hatten Mitspracherecht beim Zustandekommen des Dokumentes. Trotzdem gilt die Millenniumserklärung durch ihre Zustimmung als Absichtserklärung der Industrieländer.

Mitgliedern der OECD, zu denen sowohl Nehmer- als auch Geberländer zählen, im März 2005 verabschiedet. In dieser Erklärung verpflichten die Länder sich, besser zusammenzuarbeiten, um die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit zu erhöhen. Konkrete Punkte sind die „Eigenverantwortung, Harmonisierung, Partnerausrichtung, Ergebnisorientierung sowie gegenseitige Rechenschaftspflicht“ (OECD 2005: 1). Den Entwicklungsländern wird eine hohe Eigenverantwortung zugesprochen, das heißt, sie haben die Führungsrolle in der Konzipierung und Umsetzung der Entwicklungszusammenarbeit inne. Partnerausrichtung bedeutet, dass die Geber sich verpflichten, sich an die Strategien der Partnerländer anzupassen. Weitere wichtige Grundsätze sind das ergebnisorientierte Management und Transparenz. (vgl. OECD 2005: 1-11)

Im Gegensatz zur Erklärung von Paris enthält die im September 2000 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedete Millenniumserklärung (Vereinte Nationen: 2000) sieben Ziele bzw. Handlungsbereiche, die einzelne Ziele enthalten: „Frieden, Sicherheit und Abrüstung“, „Entwicklung und Armutsbeseitigung“, „Schutz unser gemeinsamen Umwelt“, „Menschenrechte, Demokratie und gute Lenkung“, des weiteren: „Schutz der Schwächeren“, „Deckung der besonderen Bedürfnisse Afrikas“ und „Stärkung der Vereinten Nationen“. Für alle Ziele wurden jeweils konkrete Zielsetzungen formuliert und quantitative Indikatoren entwickelt<sup>4</sup>. Die Millenniums-Entwicklungsziele, also die Ziele, die die Entwicklung und Armutsbeseitigung betreffen, sind, laut der „Offiziellen Liste der Indikatoren für die Millenniums-Entwicklungsziele“ (Vereinte Nationen 2008:1 ff.) die Folgenden:

*Ziel 1. „Beseitigung der extremen Armut und des Hungers“:* Bis 2015 sollen der Anteil<sup>5</sup> der Menschen, die mit weniger als einem Dollar am Tag leben und der Anteil der Menschen, die Hunger leiden, halbiert werden. Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit werden angestrebt.

*Ziel 2. „Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung“:* Bis 2015 sollen alle Kinder der Welt eine vollständige Grundschulbildung erhalten.

*Ziel 3. „Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Ermächtigung der Frauen“:* Bei den konkreten Zielsetzungen wird in diesem Punkt insbesondere auf Bildungschancen einge-

---

<sup>4</sup> Aus Platzgründen, und da sie für die Fragestellung nicht relevant sind, wird hier auf die Aufführung der quantitativen Indikatoren verzichtet, sie sind nachzulesen in Vereinte Nationen 2008.

<sup>5</sup> Als Vergleichszahl gilt jeweils die Zahl aus dem Jahr 1990.



gangen: bis 2015 soll auf allen Bildungsebenen Chancengleichheit für Mädchen und Frauen gelten. Die quantitativen Indikatoren beziehen sich aber auch auf andere Bereiche, wie z. B. den Anteil der Frauen in den Parlamenten.

*Ziel 4. „Senkung der Kindersterblichkeit“:* Bis 2015 soll die Sterblichkeitsrate der Kinder unter fünf Jahren um zwei Drittel gesenkt werden.

*Ziel 5. „Verbesserung der Gesundheit von Müttern“* Besserer Zugang zu medizinischer Versorgung soll gewährleistet und die Müttersterblichkeitsrate um drei Viertel gesenkt werden.

*Ziel 6. „Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Krankheiten“:* Bis 2015 soll die Ausbreitung von HIV/Aids, Malaria und anderen schweren Krankheiten zum Stillstand gebracht und allmählich umgekehrt werden, Zugang zur Behandlung von HIV/Aids soll sichergestellt werden.

*Ziel 7. „Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit“:* Nationale Policies sollen in Einklang mit den Grundsätzen der nachhaltigen Entwicklung formuliert werden, der Verlust an biologischer Vielfalt soll reduziert werden, bis 2015 soll der Anteil der Menschen, die keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser und sanitären Einrichtungen haben, um die Hälfte gesenkt werden. Die Lebensbedingungen von mindestens 100 Millionen Slumbewohnern sollen erheblich verbessert werden.

*Ziel 8. „Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft“:* Dieser Schwerpunkt umfasst sehr heterogene Teilaspekte: Ein offenes, regelgestütztes, berechenbares und nichtdiskriminierendes Handels- und Finanzsystem soll weiterentwickelt werden. Den besonderen Bedürfnissen der am wenigsten entwickelten Länder soll besonders Rechnung getragen werden, unter anderem dadurch, dass ihren Exporten keine Zölle und Quoten entgegen gestellt werden. Die Schulden der Entwicklungsländer sollen umfassend angegangen und tragbar gemacht werden. In Zusammenarbeit mit den Pharmaunternehmen sollen in den Entwicklungsländern unentbehrliche Medikamente zu tragbaren Kosten zugänglich gemacht werden, und in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft sollen neue Technologien, insbesondere Informations- und Kommunikationstechnologien eingeführt werden.

Diese Ziele sind in der Wissenschaft und in der Öffentlichkeit insofern umstritten, dass ihre Umsetzung in Zweifel gezogen wird. Außerdem gehen sie manchen Wissenschaftlern nicht weit genug, beziehungsweise sollten noch um einige Punkte ergänzt werden (vgl. Kevenhörter/van den Boom 2009: 35).

Im Rahmen dieses Grundkonsenses ist es den einzelnen Staaten überlassen, eigene Ziele zu formulieren und Schwerpunkte zu setzen. In der Bundesrepublik Deutschland ist das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), aktuell unter Dirk Niebel (FDP), für die Formulierung und Umsetzung der Politiken im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit zuständig. Es vertritt folgende Schwerpunkte: Armutsbekämpfung, dabei insbesondere die Bekämpfung der Bildungsarmut; den Abbau von Strukturdefiziten, dabei insbesondere die Förderung guter Regierungsführung in den Empfängerländern und die Durchsetzung einer kohärenten Entwicklungspolitik in Deutschland; die Förderung des Engagements der Zivilgesellschaft in Deutschland und in den Partnerländern. Ein weiterer Schwerpunkt besteht in der starken Einbindung der deutschen Wirtschaft. (vgl. Homepage des BMZ)

Insgesamt lassen sich innerhalb der Entwicklungszusammenarbeit also insbesondere die Punkte der Armutsbekämpfung mit ihren verschiedensten Facetten, darunter, Bekämpfung von Hunger und Krankheiten und Deckung aller biologischer und kultureller Grundbedürfnisse, der ökologischen Nachhaltigkeit, also des sparsamen Umgangs mit natürlichen Ressourcen und des Einflusses auf Politik, im Sinne guter Regierungsführung und Gleichberechtigung der Geschlechter ausmachen.

### *2.3 Akteure und Arten der Entwicklungszusammenarbeit*

Andersen (2004: 91f.) stellt mehrere Möglichkeiten vor, die verschiedenen Formen der Entwicklungshilfe zu unterscheiden: Die erste Unterscheidungsmöglichkeit richtet sich nach dem Träger der Entwicklungshilfe, wobei staatliche von privaten Trägern unterschieden werden. Private Träger sind Nichtregierungsorganisationen (NGOs) unterschiedlichster Art, die Kirchen und die politischen Stiftungen zum Beispiel spielen eine große Rolle. Im Non-Profit-Bereich stammt jedoch ein Großteil der Mittel aus staatlicher Hand. Mischformen entstehen zum Beispiel, wenn private Projekte durch staatliche Mittel gefördert werden. Von privaten Organisationen erhofft man sich, dass sie besser vor Ort agieren können, da für sie das „Postulat der Nichteinmischung“ (ebd.) nicht gilt, und sie deshalb z. B. gesellschaftliche Gruppen erreichen können, an die staatliche Institutionen nicht herankommen.

Die zweite Unterscheidungsmöglichkeit betrifft staatliche Träger: es wird zwischen bilateraler und multilateraler Entwicklungshilfe unterschieden. Multilaterale Entwicklungshilfe lässt sich

weiter untergliedern in die Kooperation verschiedener Geberländer und die Einbeziehung einer internationalen Organisation. Der letzteren Möglichkeit werden einige positive Eigenschaften zugeschrieben: Durch sie würden sowohl die einzelnen nationalen Interessen der Geberländer abgeschwächt, was zu einer stärkeren Ausrichtung auf die Empfängerländer führen, als auch Forderungen guter Regierungsführung an die Empfängerländer ermöglicht.

Die dritte Unterscheidungsmöglichkeit, die Andersen vorstellt, betrifft die staatliche bilaterale Entwicklungshilfe: Es ist die Unterscheidung zwischen gebundener und ungebundener Entwicklungshilfe. Im Falle der gebundenen Entwicklungshilfe besteht ein Zwang zum Import von Gütern aus dem Geberland, was in der Regel starke finanzielle Nachteile für das Nehmerland in Form von hohen Preisen bedeutet. Als Rechtfertigung für die Bindung von Entwicklungshilfe führen die Geberländer zumeist die Sicherung von Arbeitsplätzen im eigenen Land an.

Die vierte Unterscheidungsmöglichkeit ist die Unterscheidung zwischen „Projekt-, Programm- oder Budgethilfe“ (ebd.). In den meisten Fällen werden einzelne Projekte finanziert, was den Entwicklungsländern nur geringe Gestaltungsmöglichkeiten bietet.

Außerdem unterscheidet Andersen die Art der Hilfe zwischen Kapitalhilfe und technischer, bzw. fachlicher Hilfe. Die Kapitalhilfe ist die vorherrschende Form der Entwicklungshilfe, wobei die Geberländer sich auf bestimmte Bedingungen verständigt haben. Die Konditionen betragen in der Regel eine Laufzeit von 30 Jahren, zehn tilgungsfreie Jahre und eine darauffolgende Tilgung zu 2 % Zinsen. Extrem benachteiligte LDCs sollen ausschließlich Zuschüsse bekommen.

In diesem Kapitel wurde der Begriff der Entwicklungszusammenarbeit und die jüngere theoretische Diskussion des Begriffs der Entwicklung vorgestellt. Die Ziele der Entwicklungszusammenarbeit, ihre Akteure und Formen wurden aufgezeigt. Das nächste Kapitel bietet im Anschluss daran einen Überblick über die Argumente der aktuell an ihr geübten Kritik.

### *3. Kritik an der Entwicklungszusammenarbeit*

Ein Großteil der Kritik an der Entwicklungszusammenarbeit ist ökonomischer Natur. Der Entwicklungszusammenarbeit wird mangelnde Effektivität vorgeworfen. Den Geberländern

und ihren Organisationen sowie den NGOs wird zudem vorgeworfen, riesige Bürokratien zu füttern und die Entwicklungszusammenarbeit in erster Linie aus ökonomischen Interessen und zum Zweck der Selbsterhaltung aufrecht zu halten.<sup>6</sup> Die Art und Umsetzung der Zusammenarbeit wird kritisiert, von radikaleren Kritikern werden sogar Zweifel an der Sinnhaftigkeit der grundsätzlichen Existenz von Entwicklungszusammenarbeit formuliert. Wichtige Kritiker der Entwicklungshilfe sind zum Lord P. T. Bauer, Brigitte Erler, Dambisa Moyo, Andrew Mwenda, Brian Cooksey, Tony Vaux und William Easterly. Diese Kritiker haben sehr unterschiedliche Herangehensweisen an die Entwicklungszusammenarbeit, die Zahl der Kritiker ist sehr groß. In dieser Arbeit werden die Punkte von Jürgen Wolff und James Shikwati vorgestellt, da sie die verschiedenen Sichtweisen gut zusammenfassen.

Jürgen Wolff (2000) widerlegt einen Zusammenhang von Entwicklungshilfe und Wirtschaftswachstum, Wirtschaftswachstum und Armutsreduktion stünden aber in einem engen Zusammenhang. Entwicklungshilfe reduziere Armut in fast allen Fällen nicht. Entwicklungshilfe reduziere Armut jedoch durchaus, wenn die Entwicklungshilfe ausschließlich Ländern mit „guter Wirtschaftspolitik und guten Institutionen“ (Wolff 2000: 7) zugute käme, dann sei ein Zusammenhang klar erkennbar. Da aber gerade die ärmsten Länder einen Mangel an guter Wirtschaftspolitik und Institutionen haben, ist die Lösung, nur noch Länder mit diesen Merkmalen zu fördern, nicht befriedigend. (Wolff 2000: 7f.)

Wolff wirft der gegenwärtigen Diskussion „mechanistisches Denken“ (Wolff 2000: 3ff.) vor. Es herrsche die Vorstellung vor, „wenn man nur genügend Geld für eine bestimmte Sache ausbebe, werde sich wie bei einem funktionierenden Automaten der Erfolg schon einstellen“ (Wolff 2000: 3) Diese Vorstellung gehe an der Realität vorbei. Zunächst stellt er fest, dass Entwicklungshilfe die entwicklungswirksamen Ausgaben nicht ergänze, sondern oft zu einem großen Teil ersetze, die Hilfe komme also gar nicht erst bei den gewünschten Empfängern an. Ein weiteres wichtiges Problem sei die „Fungibilität“ (Wolff 2000: 3) der Entwicklungshilfe, die er folgendermaßen erklärt: Eine Regierung hat eine Reihe von Entwicklungsprojekten vor, die sie ihrer Relevanz nach ordnet. Einen Teil der Projekte kann sie selbst finanzieren, wobei sie die wichtigsten auswählt. Um zusätzlich Hilfgelder zu erhalten, stellt sie den Geldgebern

---

<sup>6</sup> Ein Großteil der Literatur bezieht sich auf die Entwicklungszusammenarbeit der Industrieländern mit afrikanischen Ländern. Da sich die Kritik nicht einfach direkt auf die Entwicklungszusammenarbeit mit Ländern in anderen Kontinenten übertragen lässt, ohne die jeweiligen Gegebenheiten zu betrachten, bezieht sich auch diese Arbeit auf die Entwicklungszusammenarbeit mit afrikanischen Ländern und die Kritik an ihr.

beispielsweise das zweitwichtigste Projekt vor, das im Gegensatz zum letzten Projekt auf der Liste, das die Regierung selbst nicht finanzieren würde, eine gute Aussicht auf Übernahme hat. Wenn die Geldgeber das gewünschte Projekt finanzieren, hat die Regierung also Gelder übrig, um das Projekt zu finanzieren, das normalerweise mangels Relevanz oder Rentabilität nicht mehr finanziert würde. Die Fungibilität von Entwicklungshilfe gehe aber so weit, dass gar nicht gesagt sei, dass die Gelder überhaupt für entwicklungsrelevante Projekte ausgegeben würden. Sie könnten genauso gut für privaten Konsum, Korruption, oder im schlimmsten Fall für militärische Zwecke, wie Waffen, oder sogar zur Repression der Bevölkerung ausgegeben werden. „Die Behauptung der nationalen und internationalen Entwicklungshilfe-Bürokratie über ihre erfolgreichen Projekte sind, so betrachtet, wenig aussagekräftig“ (Wolff 2000: 6).

James Shikwati, dessen Thesen durch eine Vielzahl von Medienauftritten in Deutschland sehr viel Beachtung finden, bemängelt hingegen das System der Entwicklungszusammenarbeit selbst. Er bezieht sich mit seiner Kritik dabei explizit nicht auf humanitäre Hilfe in Katastrophensituationen, sondern auf die kontinuierlich vorgenommene Zusammenarbeit mit Staaten im Normalzustand. Er fordert die Einstellung jeglicher Entwicklungshilfe (vgl. Shikwati 2006a: 2)

Shikwatis Hauptthese ist die, dass die Entwicklungszusammenarbeit Afrika mehr schade als nütze, und ausschließlich den Geberländern und den afrikanischen Eliten zugute käme. Diese These belegt er mit der Tatsache, dass der afrikanische Kontinent trotz über 50 Jahren Entwicklungshilfe in einem katastrophalen Zustand sei. Er legt dieser These mehrere Entwicklungen zugrunde. (vgl. Shikwati 2006a: 3)

Er argumentiert, dass die Afrikaner aufgrund des westlichen Engagements das Vertrauen in ihre eigene Kraft und in ihre Eliten verloren hätten, und wann immer es Probleme gibt, sie die Lösung derselben von den Industrieländern und nicht von afrikanischen Regierungen erwarten: „Currently, Africa is like a child that immediately cries for its babysitter when something goes wrong. Africa should stand on its own two feet“ (im Interview mit SPIEGEL Online, 07.04.05).

Ein weiterer wichtiger Mechanismus sei dieser, dass gerade in den ärmsten Ländern oft ein großer Teil der Staatshaushalte aus Budgethilfen aus dem Ausland bestünden. In diesem Fall fühle sich die Regierung weniger der Bevölkerung als den Geldgebern gegenüber verantwort-

lich. Dies habe mehrere fatale Auswirkungen: Viel Regierungszeit würde damit verschwendet, Budgethilfe aus dem Ausland zu beantragen, zu verwalten und Rechenschaftsberichte zu schreiben. Viele qualifizierte Afrikaner würden für die Regierungen, die internationalen Hilfsorganisationen oder NGOs arbeiten, da dies die lukrativsten Arbeitsplätze auf dem Kontinent seien. Dieses Potenzial fehle dann natürlich in der freien Wirtschaft, was extreme negative ökonomische Folgen nach sich ziehe. Außerdem fehle die Zeit, in der sich die Regierenden mit der Beschaffung und Verwaltung von Spendengeldern befasse. So könnten sie keine eigenen Lösungen für afrikanische Probleme entwickeln. Desweiteren fehle den Regierenden durch die Hilfe von Außen die Motivation, Maßnahmen zur Erhöhung der Produktivität der Volkswirtschaft zu treffen. Sie seien auf die Steuern, die eine Produktivitätserhöhung entstehen lassen würde, nicht angewiesen. Außerdem würden viele Staaten durch die massive Einfuhr von Lebensmitteln immer abhängiger von diesen Lebensmittelimporten, da die einheimische Landwirtschaft durch die durch die Lieferungen zunächst geschaffene sinkende Nachfrage sehr geschwächt würde. (vgl. Shikwati 2006a: 4, 8ff.)

Noch schlimmer sei die Problematik im Falle von gebundener Hilfe (siehe Kapitel 2.3) da diese die Handlungsspielräume der afrikanischen Politiker noch weiter einschränke und sie verpflichte, bestimmte Waren zu importieren und bestimmte Beratungsleistungen zu finanzieren, wodurch ein großer Anteil der Hilfgelder wieder exportiert würde. (vgl. Shikwati 2006a: 4)

Es liege gar nicht im Interesse der Geberländer, diese Teufelskreise zu durchbrechen, da sie von ihnen profitieren. Die Hilfe käme ihnen selbst und den afrikanischen Eliten und höheren Schichten zugute und nicht den afrikanischen Bevölkerungen. Die Geberländer könnten durch die Entwicklungszusammenarbeit ihre seit dem Kolonialismus bestehenden Einflussmöglichkeiten beibehalten. Außerdem seien die Hilfsleistungen ein Instrument, um massive Migrationsflüsse in die Industrieländer zu verhindern<sup>7</sup>. (vgl. Shikwati 2006a: 3f.) In einem Interview formuliert Shikwati (2006b) diese Ressentiments gegenüber den Geberländern sehr radikal und zeichnet ein sehr einseitiges, erschreckendes Bild der Geberländer:

As China flexes its economic muscles globally, Europeans are certainly feeling left out. They do not want to be irrelevant in African issues. They are busy figuring out what to do to remain

---

<sup>7</sup> An dieser Stelle widerspricht Shikwati sich, denn um Migrationsbewegungen verhindern zu können, müssten die Policies ja den armen Bevölkerungen zugute kommen.

relevant. That Africa might join the club of those with economic might scares them to fits. If developed nations are genuine in their quest to help Africa, why are they spending millions to persuade Africans to accept aid? Giving Africa money makes the continent remain where it is. Aid is like a drug that causes addiction. (Shikwati 2006b: 10.)

Today they admit to have enslaved us and want to build roads. If we tell them that we do not need a road but a small factory, they insist that their priority is roads. We lose the bargain (ebd.).

They [the donors] do not mean well for us. (Shikwati 2006b: 12)

Insbesondere der letzte Satz beweist eine starke Aversion, die fast schon an Hass zu grenzen scheint. Doch Shikwati kritisiert nicht nur die bilaterale Staatshilfe, sondern auch die Arbeit von NGOs. Sein erstes Argument gegen NGOs ist dem Argument gegen die staatliche Budgethilfe ähnlich: NGOs würden die Autorität von Regierungen untergraben, indem sie deren Aufgaben erledigten, also zum Beispiel Schulen oder Brunnen bauen. Kurzfristig mag sich dies positiv auswirken, langfristig untergrabe es die Demokratie, weil es den Menschen signalisiere, dass ihre Regierung nutzlos sei. (vgl. Shikwati 2006b: 13f.)

Das zweite Argument gegen NGOs besteht darin, dass sie oft ein schlimmeres Bild der Zustände malten, als es der Realität entspreche, um einerseits mehr Spendengelder einzutreiben und so ihre Existenz zu sichern und um andererseits ihre eigene Existenz zu rechtfertigen. Sie würden sich immer vor den Medien äußern und dort die Rolle einnehmen, die eigentlich Afrikaner einnehmen müssten, die der „spokespersons“ (Shikwati 2006b: 14). Das schlechte Bild, das sie zeichnen wirke sich schlecht auf den Ruf von Afrika in der Welt, z. B. gegenüber ausländischen Investoren, aber auch schlecht auf das Selbstbewusstsein der Afrikaner aus. Shikwati fordert deshalb mehr Einfluss für indigene NGOs. (vgl. Shikwati 2006b: 14)

Shikwatis wichtigste Forderung besteht darin, alle Hilfsleistungen komplett einzustellen. Von dieser Maßnahme erhofft er sich eine extreme Verbesserung der Zustände in Afrika. Er argumentiert, dass durch den Wegfall der externen Leistungen die Einnahmequelle der Regierungen in Steuern bestünden. Dadurch würden die Regierungen sich dem Volk gegenüber verantwortlich zeichnen. Stabile politische und juristische Institutionen würden sich bilden. Ein Schub der wirtschaftlichen Liberalisierung, gefolgt von einem starken Wirtschaftswachstum würde einsetzen. Die afrikanischen Länder würden untereinander Handel treiben, eine Kultur des Unternehmertums würde einsetzen und alle würden von dieser Entwicklung profitieren. Die Voraussetzungen für diese Entwicklungen sieht er dadurch gegeben, dass Afrika extrem reich an Rohstoffen ist und durch seine riesige Bevölkerung einen sehr großen Markt darstellt. (vgl. Shikwati 2006a: 5f.)

Weitere Forderungen, die Shikwati (vgl. 2006a: 16f.) stellt, sind hauptsächlich wirtschaftspolitischer Natur. Die Anreizstrukturen für afrikanische und ausländische Investoren sollen verbessert werden. Dafür sei die Verbesserung von Rechtssicherheit, Privateigentum und eine Verbesserung der Infrastruktur notwendig. Der Handel innerhalb Afrikas solle durch den vollständigen Abbau aller Handelshemmnisse angekurbelt werden. Eine Liberalisierung des Banksektors und eine Vereinfachung der Kreditvergabe werde das Klima für Unternehmertum schaffen. Auf diese Weise könne die Verbreitung von neuen Technologien, eine Erhöhung der Nahrungsmittelproduktion und eine Verbesserung der Zustände im Bereich Gesundheit erreicht werden. Außerdem hält er eine Stärkung des Selbstbewusstseins der Afrikaner für unabdingbar. Er hält ein Umdenken der Bevölkerung von einer hilflosen Untertanenmentalität hin zu einer Unternehmermentalität für das Allheilmittel der Probleme des afrikanischen Kontinents: „We have to adopt a business mentality and solve our problems instead of perpetually asking the international community to do it“ (Shikwati 2006b: 9).

Auch weniger radikale afrikanische Intellektuelle sind der Ansicht, dass eine wirtschaftliche Öffnung Afrika helfen würde und „that it is the private actors that generate wealth in Africa today – under the condition of freedom. Luckily, we see that this realization increasingly reaches the mainstream debate about aid and trade“, so June Arunga (2007: 68), eine kenianische Dokumentarfilmerin und Unternehmerin. Auch sie sieht Entwicklungshilfe kritisch, und glaubt, dass die internationalen Hilfsorganisationen unter anderem auch den Zweck der Selbsterhaltung verfolgen. (vgl. ebd.)

#### *4. Inwiefern ist die Kritik an der Entwicklungshilfe angemessen?*

Da die Kritik an der Entwicklungshilfe sehr vielfältiger Art ist, ist die pauschale Beantwortung der Frage nach ihrer Angemessenheit nicht möglich. Shikwati hat sehr radikale Ansichten. Er unterstellt den Geberländern böse Absichten. Dies ist angesichts der in Kapitel 2.2 vorgestellten Absichtserklärungen und Aktivitäten der Industrieländer unangemessen. Auch wenn die Industrieländer und NGOs unter anderem ihre eigenen Interessen verfolgen, so liegen den unter Punkt 2.2 vorgestellten Dokumenten keine bösen Absichten zugrunde, sondern der Wunsch, die Situation in den ärmsten Ländern zu verbessern.



Auch ist Shikwatis marktliberale Ansicht, die komplette Einstellung von Entwicklungshilfe und eine Liberalisierung der Märkte würden alle Probleme des afrikanischen Kontinents beseitigen, sehr realitätsfern. So wie heute die Entwicklungshilfe nicht bei den Ärmsten ankommt, würden die Segnungen des Kapitalismus wohl nicht bei ihnen ankommen. Im Gegenteil ist eher zu erwarten, dass, wie in den Zeiten der Industrialisierung in Europa, die unteren Schichten sehr zu leiden hätten, sofern keine sozialstaatlichen Maßnahmen und eine Regulierung der Arbeitsverhältnisse eingeführt würden. Derlei Maßnahmen behandelt Shikwati nicht. Es ist nicht realistisch, anzunehmen, dass die Maßnahmen, die Shikwati wünscht, direkt, ohne weitere Maßnahmen, zu einer Demokratisierung des Kontinents führen würden, und dass Probleme wie Aids und Malaria durch private Dienstleistungen verschwinden würden.

Trotzdem hat Shikwati mit seinen vielfachen Medienauftritten sicher eine wichtige Diskussion angestoßen. Denn auch, wenn seine Ansichten sehr radikal und seine Ziele unrealistisch sind, hat er mit seiner Kritik doch in vielen Punkten durchaus recht. Wie auch Wolffs Artikel zeigt, kommt die Entwicklungshilfe nicht dort an, wo die Geberländer sie wünschen. Die Entwicklungszusammenarbeit nimmt häufig keine Rücksicht auf die Gegebenheiten in den Empfängerländern, ein großer Teil der Gelder geht in den Bürokratien der Geber und der Empfänger oder auf dem Weg der Korruption verloren.

Auch sind die von Shikwati beschriebenen sozialpsychologischen Auswirkungen auf die Menschen in den Entwicklungsländern fatal. Sie verlieren, wie oben beschrieben, das Vertrauen in ihre Regierungen, in die Demokratie und in ihre eigene Wirksamkeit. NGOs verstärken diese Prozesse dadurch noch, dass sie die Zustände viel schlimmer beschreiben, als sie in Wirklichkeit sind, Aufgaben der Regierungen übernehmen, und sich als Sprachrohr des Kontinents profilieren.

In der Erklärung von Paris haben die Staaten der OECD jedoch bereits vereinbart, die Eigenverantwortung der Empfängerländer zu erhöhen und mehr Rücksicht auf die Gegebenheiten in den Empfängerländern zu nehmen. Die Industrieländer sind sich also der Problematik bewusst. Diese Maßnahmen müssen nun sinnvoll umgesetzt werden. Ausreichen werden sie wohl nicht. Die Situation ist kompliziert, einfache Lösungen, wie die von Shikwati propagierten, können nicht angemessen sein.

## 5. Fazit

Ziel dieser Arbeit war es, eine Einschätzung über die Angemessenheit bzw. Berechtigung der aktuellen Kritik an der Entwicklungszusammenarbeit zu treffen. Zu diesem Zweck wurden zunächst einige Begriffsklärung vorgenommen: Der Entwicklungsbegriff und der Begriff der Entwicklungszusammenarbeit wurden ausführlich beleuchtet. Ziele und Begründungen der Entwicklungszusammenarbeit wurden ebenso vorgestellt, wie Akteure und Arten der Entwicklungszusammenarbeit. Diese Vorarbeit war notwendig, um zu verstehen, was Entwicklungsarbeit ist, und was sie leisten soll.

In einem zweiten Teil wurden aktuell relevante Kritikpunkte an der Entwicklungszusammenarbeit vorgestellt. Die häufigste Kritik bezieht sich auf die mangelnde Effektivität der Entwicklungszusammenarbeit. Die Hilfe erreicht die gewünschten Empfänger oft nicht. In diesem Zusammenhang wurde auch das Konzept der Fungibilität von Entwicklungshilfe erklärt. Die Bürokratien der Geberorganisationen seien zudem zu groß und würden zu viel Aufwand in ihre eigene Selbsterhaltung investieren. Die radikalere Kritik, wie sie z. B. von James Shikwati geübt wird, verlangt eine vollständige Einstellung der Entwicklungshilfe und eine vollständige Liberalisierung der afrikanischen Märkte.

Der dritte Teil der Arbeit, eine subjektive Einschätzung der Angemessenheit der Kritik, kommt zu dem Ergebnis, dass eine Kritik an der Entwicklungszusammenarbeit in ihrer heutigen Form durchaus berechtigt und diese Debatte notwendig ist. Ein Umdenken, auch seitens der Industrieländer, hat aber bereits stattgefunden, wie die Erklärung von Paris beweist. Die Kritik von Shikwati ist teilweise angemessen, seine Lösungsvorschläge sind es nicht.

## LITERATUR

- ANDERSEN, Uwe (2004): „Entwicklungspolitik/-hilfe“, in: Wichard Woyke (Hg.): *Handwörterbuch Internationale Politik*, 9. völlig überarbeitete Auflage, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, S. 85-95.
- ARUNGA, June (2007): „Hope for Africa. Leaving behind the central planning and aid paradigm“, in: Hans Norbert Janowski/Theodor Leuenberger (Hg.): *Globale Akteure der Entwicklung. Die neuen Szenarien*, Wiesbaden, 2008, S. 61-68.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: „Schwerpunkte der neuen deutschen Entwicklungspolitik“, Homepage des BMZ (zuletzt abgerufen am 23.08.10)  
[http://www.bmz.de/de/was\\_wir\\_machen/ziele/deutsche\\_politik/index.html](http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/ziele/deutsche_politik/index.html)
- KEVENHÖRSTER, Paul/ Dirk van den Boom (2009): „Entwicklungspolitik“, Wiesbaden.
- KOKEMOHR, Rainer/Kokebe Haile Gabriel (2007): „Entwicklungszusammenarbeit“, in: Jürgen Straub/Arne Weidemann/ Doris Weidemann (Hg.): *Interkulturelle Kommunikation und Kompetenz. Grundbegriffe - Theorien – Anwendungsfelder*, Stuttgart, S. 627-637.
- NOHLEN, Dieter/Franz Nuscheler (1992): „Handbuch der Dritten Welt. Band 1. Grundprobleme, Theorien, Strategien“, Bonn.
- Vereinte Nationen (2000): „Milleniumserklärung der Vereinten Nationen. Verabschiedet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen zum Abschluss des vom 6.-8. September 2000 abgehaltenen Milleniumsgipfels in New York“, verfügbar unter:  
<http://www.unric.org/html/german/millennium/millenniumerklaerung.pdf> (zuletzt abgerufen am 24.08.10)
- Vereinte Nationen (2008): "Offizielle Liste der Indikatoren für die Millenniums-Entwicklungsziele“ (zuletzt abgerufen am 24.08.10):  
<http://www.un.org/Depts/german/millennium/mdg-ind-15jan08.pdf>
- WOLFF, Jürgen (2000): „Armutsbekämpfung durch Entwicklungshilfe“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 9/2000, S. 26-31.
- OECD (2005): „Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit“, verfügbar unter: <http://www.oecd.org/dataoecd/37/39/35023537.pdf> (zuletzt abgerufen am 25.08.10)
- SHIKWATI, James (2006a): „The Future of Africa in the World“, englische Version erhältlich unter: [http://www.irekenya.com/modules/articles/index.php?article\\_title\\_id=18](http://www.irekenya.com/modules/articles/index.php?article_title_id=18) (zuletzt aufgerufen am 19.08.10), erste Publikation unter dem Titel „Fehlentwicklungshilfe“, in: *Internationale Politik*, Heft 4/2006, S. 6-15.
- SHIKWATI, James (2006b): „Africans See Poverty. Foreigners See Resources and Wealth“, Interview von Kristina Bozic, in: *IREN Occasional Paper*, 1/2006.
- SPIEGEL Online: „For God’s Sake, Please Stop the Aid. SPIEGEL Interview with African Economics Expert“, 07.04.05, zuletzt abgerufen am 24.08.10, verfügbar unter  
<http://www.spiegel.de/international/spiegel/0,1518,363663,00.html>
- Ziai, Aram (2010): „Zur Kritik des Entwicklungsdiskurses“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 10/2010, S. 23-29.

## **EHRENWÖRTLICHE ERKLÄRUNG**

Hiermit versichere ich, dass ich die Hausarbeit selbständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt habe, alle Ausführungen (und bildlichen Darstellungen), die anderen Quellen (Schriften, Internet) wörtlich und sinngemäß entnommen wurden, kenntlich gemacht sind und die Arbeit in gleicher oder ähnlicher Fassung noch nicht Bestandteil einer Prüfungsleistung war.

Ort, Datum

Unterschrift